



Aktueller Begriff

Bildungspolitische Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland und Europa

Der kürzlich von der International Labour Organisation (ILO) - einer Sonderorganisation der Vereinten Nationen - herausgegebene Bericht über die weltweite Jugendarbeitslosigkeit konstatiert, dass durchschnittlich 12,6 Prozent der Jugendlichen erwerbslos sind. Im EU-Raum stieg der Anteil der Jugendarbeitslosigkeit im Januar 2013 auf 23,6 Prozent. Somit waren insgesamt 7,5 Millionen der fünfzehn- bis vierundzwanzigjährigen EU-Bürger arbeitslos. Im zweiten Halbjahr 2012 waren laut ILO-Bericht Griechenland mit 54,2 Prozent und Spanien mit 52,4 Prozent am stärksten betroffen. Deutschland weist mit einem Anteil von 8,6 Prozent die geringste Jugendarbeitslosenquote auf. In vielen Ländern zeichnet sich zudem ein Trend zur Langzeit-Jugendarbeitslosigkeit ab. So waren beispielsweise 2011 in Griechenland 60,6 Prozent der arbeitslosen Jugendlichen länger als sechs Monate ohne Beschäftigungsverhältnis, in Irland 63,8 Prozent und in der Slowakei sogar 70,7 Prozent. Auch in der Bundesrepublik Deutschland ist ein Zuwachs der Langzeit-Jugendarbeitslosigkeit festzustellen. Darüber hinaus hat ein Großteil der beschäftigten Jugendlichen keinen dauerhaften Arbeitsvertrag. Die Gründe für das Phänomen der Jugendarbeitslosigkeit sind nicht nur in der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise zu suchen, sondern auch in unterschiedlichen Bildungs- und Qualifikationsniveaus. Diese gestalten sich von Land zu Land sehr verschieden.

Forderungen der ILO und Maßnahmen auf europäischer Ebene

Um der Gefahr einer „verlorenen Generation“ zu entgehen, forderte die ILO in einer auf der 101. International Labour Conference im Juni 2012 formulierten Entschließung antizyklische Maßnahmen zur Reduzierung ökonomischer Schwankungen, eine Stärkung der Rechte erstmalig angestellter junger Arbeitnehmer und eine deutlichere Ermutigung zur Existenzgründung. Die Bereitstellung zusätzlicher Mittel und die gezielte Förderung benachteiligter Jugendlicher soll den Übergang zwischen Ausbildung und Ersterwerb erleichtern. Durch die Etablierung einer sogenannten Jugendgarantie, d.h. einer festen Zusage verschiedener Unterstützungsmaßnahmen bei Erfüllung gewisser Grundkriterien, soll die Integration in den Arbeitsmarkt forciert und Langzeit-Jugendarbeitslosigkeit reduziert werden.

Auf der Grundlage dieser Forderungen stellte die Europäische Kommission am 5. Dezember 2012 das Jugendbeschäftigungspaket vor, welches eine Reihe von Vorschlägen für konkrete Maßnahmen enthält. Darauf aufbauend wurde vom Europäischen Rat auf seiner Tagung am 7. und 8. Februar 2013 eine Beschäftigungsinitiative für junge Menschen vereinbart. Diese beinhaltet die Einrichtung eines neuen Fonds in Höhe von 6 Milliarden Euro für den Zeitraum von 2014 bis 2020. Er soll jenen Mitgliedsländern zur Verfügung stehen, deren Jugendarbeitslosenquote über 25 Prozent liegt. Über die genaue Verwendung der Gelder wird derzeit noch beraten. Der EU-

Ministerrat für Beschäftigung und Soziales einigte sich allerdings bereits am 28. Februar 2013 auf die Empfehlung einer Jugendgarantie. Danach sollen die Mitgliedsstaaten dazu angehalten werden, Jugendlichen im Alter von bis zu 25 Jahren innerhalb von vier Monaten nach Abschluss der Ausbildung oder Verlust des Arbeitsplatzes eine angemessene Arbeitsstelle, ein Weiterbildungsangebot, einen Ausbildungsplatz oder ein Praktikum zu ermöglichen. Hierzu werden den Staaten Gelder aus dem Fonds bereitgestellt. Derzeit arbeitet die Kommission an der Entwicklung eines Qualitätsrahmens für Praktika. Gerade für die berufliche Orientierung und für den Erwerb von Fachkenntnissen seien Praktika ein wichtiges Mittel zur Integration junger Menschen in den Arbeitsmarkt. Außerdem soll der Zugang zu Informationen über die verfügbaren Fördermöglichkeiten für die jungen Arbeitssuchenden vereinfacht werden.

Umsetzung in Deutschland

Das in Deutschland praktizierte Duale Ausbildungssystem aus Schule und innerbetrieblichem Arbeitstraining wird im ILO-Bericht präferiert. Die Vorteile dieses Systems liegen in der Vermittlung firmenspezifisch relevanter Kompetenzen, der Zusammenarbeit der Unternehmen mit den jeweiligen Regierungen sowie der gemeinsamen Übernahme der Ausbildungskosten. Ferner wird durch etablierte Institutionen wie Industrie- und Handelskammern sichergestellt, dass die von den Auszubildenden erworbenen Leistungsnachweise weitreichende Anerkennung finden. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) kooperiert bilateral mit zahlreichen EU-Partnerländern beim Austausch zukunftsorientierter Bildungskonzepte, der so genannten Europäischen Ausbildungsallianz. Im Dezember 2012 unterzeichneten sechs EU-Staaten zusammen mit Deutschland ein entsprechendes Memorandum, wobei das deutsche Duale System der beruflichen Bildung eine Vorbildrolle einnimmt. Am 14. Mai 2013 wurde im Deutschen Bundestag ein Antrag der Regierungskoalition zum Export des Dualen Ausbildungssystems eingebracht.

Jungen Arbeitssuchenden räumliche Mobilität zu ermöglichen, hat sowohl für die Kommission als auch für das BMBF Priorität. Grenzüberschreitende Beschäftigungsverhältnisse sollen dabei helfen, sowohl die Jugendarbeitslosigkeit als auch den Fachkräftemangel abzubauen. Neben den Erasmus- und Leonardo-Programmen zur Vermittlung von studentischen Auslandssemestern bzw. zur beruflichen Bildung im Ausland ist hier vor allem das von der Kommission koordinierte Netzwerk European Employment Services hervorzuheben. Ziel dieses Netzwerks ist die Abstimmungs- und Vermittlungsleistung zwischen jungen Arbeitssuchenden und potenziellen Arbeitgebern aus anderen Mitgliedsstaaten. Das BMBF hat zum Start des Memorandums die Schaffung von 30.000 Austauschmaßnahmen (Praktika oder Ausbildungsphasen) beschlossen sowie die Einrichtung einer Zentralstelle für internationale Berufsbildungsk Kooperation beim Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) veranlasst.

Quellen

- Bundesministerium für Bildung und Forschung (2012). Internationale Berufsbildungsk Kooperation: Erfolgreicher Export von Bildungsangeboten. <http://www.bmbf.de/de/17127.php>
- Deutscher Bundestag (2013). Duale Ausbildung exportieren - Jugendarbeitslosigkeit in der Europäischen Union bekämpfen, kooperative Berufsbildung weltweit steigern. Antrag der Fraktion der CDU/CSU und der Fraktion der FDP. Drs-Nr. 17/13484. 14.05.2013 (Noch nicht beraten)
- Europäische Kommission (2012/13). Drucksachen [COM\(2012\) 728 final](#) sowie [COM\(2013\) 144 final](#).
- ILO (2012). Entschließung: Die Krise der Jugendbeschäftigung: Ein Aufruf zum Handeln. http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---europe/---ro-geneva/---ilo-berlin/documents/genericdocument/wcms_211378.pdf
- ILO (2013). Global Employment Trends for Youth 2013: A generation at risk. Genf. 2013. http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/documents/publication/wcms_212423.pdf
- Pressemitteilung der Europäischen Kommission (2012). [IP/12/1311](#)